



Sächsische Landesbibliothek

# Hochschulzeitung

TECHNISCHE HOCHSCHULE DRESDEN - ORGAN DER SED-PARTEIORGANISATION

## Die Wissenschaftler der TH bekennen sich zur Politik der DDR

Am 5. Juni 1959 begann im Kongressaal des Deutschen Hygiene-Museums eine Aussprache zwischen Angehörigen der Intelligenz und dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und 1. Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, die am 26. Juni fortgesetzt wird. Neben anderen Vertretern

der Intelligenz und den Angehörigen von Brigaden der sozialistischen Arbeit hatten im Präsidium Magnifizenz Prof. Dr.-Ing. Gruner, Prof. Dr.-Ing. Frühauf, Prof. Dr.-Ing. Peschel und der Student Hans-Walter Gerlach, Mitglied der Hochschulparteilung der TH, Platz genommen.

In seinem einführenden Referat ging Genosse Walter Ulbricht auf viele Fragen ein, die von Wichtigkeit für die Technische Hochschule sind; Vertreter unserer Hochschule sprachen in der Diskussion zu den aufgeworfenen Problemen. In seinem Referat war Genosse Walter Ulbricht auf die Bewusstseinsbildung unter den Angehörigen der Intelligenz eingegangen: „Schätzen wir die Entwicklung des geistigen Lebens

Aufbaus umzugestalten, d. h. auf ein bedeutend höheres wissenschaftliches Niveau zu stellen. Bei vielen Hochschullehrern und Wissenschaftlern ist selbst eine Unzufriedenheit mit den alten Zuständen vorhanden, und es wächst in zunehmendem Maße der Drang, das Alte zu überwinden und zu neuen Studienplänen, Vorlesungen und kollektiven Forschungsmethoden überzugehen. Wir haben mit großem Inter-



Walter Ulbricht im Gespräch mit Teilnehmern des Ausspracheabends

der Intelligenz seit der Begründung unserer großen Patrie, richtig ein, so können wir wohl sagen: Es besteht in der Intelligenz volle Zustimmung zur Friedenseinigung der Deutschen Demokratischen Republik und unseres großen Freundes, der Sowjetunion. Es wird anerkannt, daß dank der Fortschritte auf ökonomischem Gebiet die Deutsche Demokratische Republik eine bedeutende Autorität gewonnen hat und daß sie auch in Genf die friedlichen Interessen der Mehrheit des deutschen Volkes vertritt. Dinge, die vielleicht vor wenigen Jahren noch unklar waren, sind klar geworden. Festigkeit ist an die Stelle von Schwankungen, Zuversicht an die Stelle von Zweifel getreten.“

esse die Verpflichtungen von Instituten und einzelnen Wissenschaftlern der Technischen Hochschule zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR gelesen. Solche Verpflichtungen angefangen von der Herausgabe wissenschaftlicher Lehrbücher über die Ausarbeitung und Einführung neuer technischer Verfahren in die Produktion, bis zur unmittelbaren technisch-wissenschaftlichen Hilfe für den Wiederaufbau der Stadt Dresden, ersparen uns nicht nur ungeheure Mittel, sondern sind gleichzeitig der Ausdruck eines tiefen Verständnisses der gesellschaftlichen Entwicklung und der politischen Verbundenheit mit unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat... Das Prädikat „praxisverbunden“ gilt nicht nur für die unmittelbare Zweckforschung, sondern auch für die theoretische Forschung, die der Weiterentwicklung der Wissenschaft und dem tieferen Eindringen in die Entwicklungsgesetze von Natur und Gesellschaft dient. Wir brauchen und fordern natürlich die ständig enger werdende Verbindung der Forschung mit den unmittelbaren in der Praxis zu lösenden Problemen, wenden uns aber gleichzeitig gegen alle Tendenzen, die Grundlagenforschung zu unterschätzen.“

**Prof. Dr.-Ing. Frühauf:**  
Bonn will Wissenschaften zu Kriegszwecken mißbrauchen

Auf die Tatsache, daß nur die DDR die wahre Heimstätte der dem Frieden dienenden Wissenschaft in Deutschland ist, ging Genosse Prof. Dr.-Ing. Frühauf in seinem Diskussionsbeitrag ein. Prof. Frühauf zitierte Ausschnitte aus einem kürzlich vom westdeutschen Kriegsminister Strauß verfaßten Aufsatz, der bezeichnenderweise zur gleichen Zeit, da die Genfer Konferenz abgehalten wird, veröffentlicht wurde und in dem Strauß sich über die Beziehungen der Wissenschaft zur Waffentechnik und über die „Verantwortlichkeit“ des Wissenschaftlers bezüglich der Anwendung seiner Erkenntnisse für Kriegszwecke ausließ. Sinegemaß hieß es in diesem Artikel von Strauß: Die Waffe ist ein notwendiges Abschreckungsmittel, das man unbedingt in der Hand haben muß. Darüber hinaus muß man die Entschlossenheit besitzen, es auch anzuwenden. Es muß ein Anlaß gefunden werden, der gegenüber der öffentlichen Meinung dem Angreifer das Recht zu geben scheint, die Waffen einzusetzen. Prof. Dr.-Ing. Frühauf stellte fest: „Als Wissenschaftler steht es mir sicher an, dagegen hier festzustellen, daß es in der Geschichte keinen deutschen Staat gegeben hat, der für die Ausbildung und Erziehung seiner Jugend auf Schulen, Universitäten, auf Hoch- und Fachschulen, der für die Förderung von Wissenschaft und Kultur und die Sicherung des Friedens so viel geleistet hat wie die Deutsche Demokratische Republik.“

**Was heißt „Verbindung mit der Praxis“?**

Ausführlich ging Genosse Walter Ulbricht in seinem Referat auch auf die Verbindung der Wissenschaft mit der Praxis ein. Er sagte: „Das Neue an unseren Hochschulen und Universitäten besteht darin, daß fast überall ernsthafte Bestrebungen vorhanden sind, die Lehre und Forschung entsprechend den Erfordernissen des sozialistischen

**Magnifizenz Prof. Dr.-Ing. Gruner:**  
Im Kapitalismus gibt es keine Freiheit der Wissenschaft

Zu Fragen der Verbindung zwischen Wissenschaft und sozialistischer Praxis und der Freiheit der Wissenschaft sprach der Rektor unserer Hochschule, Prof. Dr.-Ing. Gruner. Er führte u. a. aus, daß es um die sogenannte Freiheit der Wissenschaft in der Bundesrepublik schlecht bestellt sei. So machte ein westdeutscher Konzern dem Institut für Landmaschinentechnik an der TH Braunschweig, das eine Maschine entsprechend den Wünschen des Auftraggebers entwickeln sollte, zur Bedingung, jede Veröffentlichung der wissenschaftlichen Ergebnisse zu unterlassen und strenge Geheimhaltung zu wahren. Demgegenüber wird in der DDR der Wissenschaft eine nie gekannte Freiheit gewährt. Als Beispiel dafür sei nur der Forschungsrat erwähnt, dessen Mitglieder maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung der Industrie ausüben. Unsere Wissenschaftler arbeiten in den technisch-ökonomischen Räten eng mit den Praktikern der sozialistischen Industrie zusammen. Am Institut für Landmaschinentechnik der TH wird zum Beispiel mit Beginn des neuen Studienjahres ein Vertreter der Praxis eine zweistündige Vorlesung übernehmen. Prof. Dr.-Ing. Gruner erwähnte in diesem Zusammenhang, daß 1958 und in den ersten fünf Monaten 1959 18 große Belege, 29 Diplome und eine Doktorarbeit unmittelbar auf die Bedürfnisse der Praxis abgestimmt wurden.

**Prof. Dr.-Ing. Peschel:**  
Wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit noch mehr fördern!

Schließlich sprach auch Prof. Dr.-Ing. Peschel zu den Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht. Prof. Peschel beschäftigte sich vor allem mit der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Er sagte: „Wir bekennen, daß die individualistische Großleistung in Wissenschaft und Technik überlebt ist. Die moderne Entwicklung bei dem rasanten Tempo unseres technischen Fortschritts zeigt, daß man kollektiv arbeiten muß. Es geht einfach nicht mehr anders. Ich möchte aber auch aufmerksam machen, daß noch Hemmnisse der vollen Entfaltung dieser sozialistischen Gemeinschaftsarbeit entgegen stehen. Eine Analyse ergab, daß dort, wo in den Betriebssektionen der KdT bisher eine gute Gemeinschaftsarbeit geleistet worden ist, die Produktionspläne erfüllt und übererfüllt wurden, und daß dort, wo die Zusammenarbeit von Werkleitung und KdT fehlte, auch Produktionsrückstände, ja Verluste, eingetreten sind. Ein weiteres Hemmnis für die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit liegt in der Zersplitterung der Kräfte. Ich habe erkennen müssen, daß viele unserer Wissenschaftler einfach von ihrer schöpferischen Arbeit abgehalten werden, indem sie vielen Gremien angehören, die dieselbe Frage an verschiedenen Orten von sechs Seiten her beleuchten. Das ist nicht nur bei uns der Fall. Dieses Weibül wollen wir bekämpfen. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen, und ich bitte alle mitzuteilen.“

Magnifizenz Prof. Dr.-Ing. Gruner hatte dem Genossen Walter Ulbricht eine Karte mit zahlreichen Verpflichtungen der Wissenschaftler unserer Hochschule zum 10. Jahrestag übergeben. Diese vielen Kollektiv- und Einzelverpflichtungen waren ein echter Beweis dafür, daß die Wissenschaftler unserer Republik, wie Walter Ulbricht eingangs gesagt hatte, und damit auch die Wissenschaftler unserer Hochschule die Friedenspolitik unserer Regierung tatkräftig unterstützen.

## Magnifizenz Prof. Dr.-Ing. Gruner: Schwäche Bonns sehr deutlich

Auf einem Empfang entspann sich zwischen dem Genossen Chruschtschow und dem Botschafter Westdeutschlands ein Gespräch um den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. Das kategorische „Nein“ des Bonner Botschafters dazu veranlaßte einen Diplomaten, der Zeuge dieses Gespräches war, sich mit folgenden Worten an den westdeutschen Botschafter zu wenden: „Wissen Sie, Herr Botschafter, ich rate Ihnen, sich mit dem Wort ‚Nein‘ nicht so zu beeilen. Vor 30 Jahren sagte ich, daß sich die Sowjetmacht nicht lange halten wird, und wie Sie sehen, habe ich mich geirrt.“ (Nach „ND“ vom 30. Mai 1959.) Dieses kurze Gespräch verdeutlicht die Position der Bonner Regierung in den Augen der internationalen Öffentlichkeit. Selbst namhafte Politiker des

Schwäche der Bonner Position gerade jetzt sehr deutlich wird. Das zeige sich vor allem bei den Verhandlungen von Funktionären der CDU. Der Bonner Staat sehe sich heute gezwungen, schon die Einleitung von Beziehungen zur DDR mit Polizeimaßnahmen zu unterbinden. Mit anderen Worten: Jeder Versuch einer Verständigung der Deutschen untereinander bedeutet nach Meinung der Adenauer-Regierung eine Staatsgefährdung. Das Auftreten der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik dagegen — deren Teilnahme überhaupt — ist nach Meinung von Magnifizenz ein großer Erfolg, der sich auch in der internationalen Presse widerspiegelt. Er ist das Ergebnis der konsequenten Friedenspolitik von Partei und Regierung, der kontinuierlichen Arbeit aller am Aufbau des neuen Lebens Beteiligten. Es sei gut, wenn man sich in diesem Zusammenhange einmal an die vergangenen Jahre erinnere, man brauche dann nicht lange nach unseren Erfolgen zu suchen. Ich denke an die Zeit, als ich aus der Sowjetunion zurückgekehrt war und abends meine Vorlesungen bei Kerzenlicht vorbereitete, wenn die Stromsperre einsetzte. Heute werden z. B. an der Strecke nach Berlin Brücken von untergeordneter Bedeutung über die Autobahn wiederhergestellt, die einzelne kleine Ortschaften verbinden. Ich glaube, daß auch diese Tatsache ein Zeichen für die zunehmende Kraft unseres Aufbaus ist.

**Wir stellen an Westdeutschland keine anderen Forderungen, als solche, die in der Deutschen Demokratischen Republik selbst verwirklicht wurden oder die wir bereit sind, selbst zu erfüllen — also Verzicht auf atomare Aufrüstung, auf Raketenbasen, auf die Wehrpflicht und eine Vereinbarung über die Stärke der bewaffneten Kräfte in beiden Teilen Deutschlands, sowie über den schrittweisen Abzug aller ausländischen Truppen. Wir wünschen, daß durch die Gipfelkonferenz solch bedeutungsvolle Schritte unternommen werden, um zu einer friedlichen Koexistenz der Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen zu kommen.**

(Walter Ulbricht in seinem Referat auf dem Forum der Dresdner Intelligenz am 5. Juni 1959.)

Westens distanzieren sich von deren Haltung und betrachten sie als steril und historisch überholt. Es liegt deshalb nahe, daß bei allen Gesprächen, die über den bisherigen Verlauf der Genfer Konferenz auch an unserer Hochschule geführt wurden, die Haltung der beiden deutschen Delegationen und deren Stellung zu den sowjetischen Vorschlägen im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Magnifizenz Prof. Dr.-Ing. Gruner, äußerte dazu in einem Gespräch mit Assistenten seines Instituts, daß bei aller Gefährlichkeit der Machenschaften Bonns, die Genfer Konferenz zu stören, doch andererseits dabei die

Als Rektor erhalte ich aus allen Kreisen der Hochschulangehörigen Resolutionen an die Außenministerkonferenz in Genf, die davon zeugen, daß unsere Menschen die fortschrittliche Entwicklung auf allen Gebieten unseres Lebens für jetzt und alle Zukunft sichern möchten. Die Unterstützung der sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag und zur Regelung der Beifrage, und das konsequente Festhalten an diesen Forderungen sind darum völlig gerechtfertigt, denn es handelt sich hier um die Lösung prinzipieller Probleme und nicht um eventuelle Kompromisse bei Detailfragen. Unsere Studenten, so meinte Magnifizenz abschließend, sollten sich dabei Gedanken machen, wie sie über die formale Zustimmung hinaus im Rahmen der täglichen Arbeit und in der Öffentlichkeit durch Wort und Tat ihre Meinung zum Ausdruck bringen könnten.

## Einziges Maßstab: Unsere konkreten Erfolge

Zur Arbeit der Parteigruppen an den Fakultäten Technologie und Mathematik-Naturwissenschaften

Vor kurzer Zeit veranstaltete die Parteigruppe Lehrkörper/Assistenten der Fakultät Technologie eine öffentliche Parteigruppenversammlung zum Thema „Betreuung der Seminargruppen durch Assistenten“. Eine große Anzahl parteiloser Assistenten folgte der Einladung und beteiligte sich regen an der Diskussion.

Scheinbar nichts mit diesem Ereignis zu tun hat ein anderes: Die Parteigruppe Physik (Studenten) der Fakultät Mathematik-Naturwissenschaften hat damit begonnen, ihre Mitglieder, die verschiedenen Seminargruppen angehören, einzeln über die Bildung sozialistischer Studiengemeinschaften in ihren Seminargruppen Rechenschaft ablegen zu lassen.

Warum beginnen wir diese Ausführungen gerade mit diesen beiden Beispielen? Welches Gemeinsame verbindet diese zwei Parteigruppen miteinander? — Beide haben sie begonnen, die Parteiarbeit an ihren realen Ergebnissen zu messen. Beide bemühen sich ernsthaft um eine wirklich konkrete Parteiarbeit und um die Verwirklichung des Beschlusses unserer Hochschulparteilung vom 9. April dieses Jahres, in dem es heißt, daß in allen Parteigruppen zielstrebig an der Hebung der Aktivität jedes einzelnen Genossen zu arbeiten ist und daß die Enge der Parteigruppenarbeit rasch überwunden werden muß.

Wie weit sind wir bei der Verwirklichung dieses Beschlusses bisher gekommen?

Am besten verstanden es — von Ausnahmen abgesehen — die Parteigruppen der Assistenten, ihre Arbeit auf die konkreten Aufgaben des jeweiligen Bereiches zu konzentrieren. So nahmen die Assistentenparteilungen der Math.-Nat. z. B. im Verlaufe der Wahlperiode im allgemeinen eine gute Einschätzung der Situation ihres jeweiligen Institutes vor und betrauten die einzelnen Genossen Assistenten mit der Lösung spezieller Aufgaben am

Institut. Das schon oben angeführte Beispiel der Assistentengruppe an der Fakultät Technologie zeigt, daß es dabei besonders um Aufgaben aus Lehre, Forschung und Erziehung geht. Allerdings darf dies nicht dazu führen, daß nun die tägliche Agitationsarbeit vernachlässigt wird, wie dies offenbar in der Parteigruppe Assistenten des Institutes für organische Chemie der Fall zu sein scheint. Dort beschäftigte man sich, wie der Genosse Weißbach berichtete, nicht damit, welchen Widerhall die Genfer Konferenz der Außenminister am Institut findet, obgleich darauf in der Versammlung der Grundorganisation direkt hingewiesen worden war. Auch gibt es in den Parteigruppen der Assistenten zum Teil noch zu wenig Auseinandersetzungen, z. B. mit falschen politischen Ansichten oder mit nicht genügend aktiven Genossen. Worauf müssen sich die Assistentenparteilungen gegenwärtig konzentrieren?

1. Nicht nur ein bestimmter Teil, sondern alle Genossen Assistenten müssen konkrete Parteaufträge erhalten.
2. Die Ausführung der Parteaufträge muß regelmäßig und gewissenhaft kontrolliert werden.
3. Schließlich dürfen über den fachwissenschaftlichen nicht die politischen Aufgaben vergessen werden. Vielmehr müssen beide in engem Zusammenhang gesehen werden!

Großer Hilfe von seiten der übergeordneten Leitungen bedürfen die Parteigruppen der Studenten. Einerseits verfügen sie im allgemeinen nur über wenige ältere parteierfahrene Genossen, wohl aber über einen relativ großen Anteil von Kandidaten. Andererseits stehen gerade sie vor einer Reihe schwieriger Aufgaben, zu deren Lösung es neue Wege zu finden gilt. Die wichtigste und umfassendste davon ist die Entfaltung der Bewegung „sozialistisch leben, sozialistisch arbeiten, sozialistisch studieren“, die in sich eine

Fülle neuartiger Aufgaben, wie z. B. die Suche nach neuen Studienmethoden, die Entwicklung eines echten sozialistischen Gemeinschaftslebens u. v. a., einschließt. So hatten z. B. an der Fakultät für Math.-Nat. in der vergangenen Wahlperiode fast alle Studenten-Parteigruppen große Schwierigkeiten, die Situation in ihrem Bereich objektiv einzuschätzen. Dies spiegelt sich auch darin wider, daß fast keine speziellen, sondern nur ganz allgemein gehaltene Parteaufträge vergeben wurden, etwa nach dem Schema „alle Genossen werden verpflichtet, ...“, und daß auf der Wahlversammlung der Fakultätsparteilorganisation kaum Genossen Studenten zur Diskussion sprachen. Auch die Erziehung der einzelnen Genossen innerhalb der Parteigruppen ist noch wenig entwickelt. Beispielsweise konnte es in einer Seminargruppe des 6. Semesters Technologie passieren, daß ein Genosse auf Grund bestimmter Fehler immer mehr an Autorität verlor, ohne daß ihm die anderen Genossen der Seminargruppe durch kritische Hinweise halfen, seine Fehler zu überwinden. Worauf kommt es für die Parteigruppen der Studenten jetzt also an?

1. Sie müssen sich mehr mit der Erziehung der einzelnen Genossen und Kandidaten befassen, so daß diese in ihren Seminargruppen stets Vorbild sein können.
2. Das Streben nach einer immer besseren Analyse der Situation im Bereich der Parteigruppen, verbunden mit der Vergabe konkreter Parteaufträge an die einzelnen Genossen, muß zur ständigen Aufgabe der Gruppen werden.
3. Da in den Seminargruppen meist nur ein bis zwei Genossen vertreten sind, muß vor allem die schöpferische Mitarbeit der parteilosen Freunde gefördert werden. Mit der sektiererischen Einstellung, alles alleine tun zu wollen, ist unbedingt Schluß zu machen.

Fortsetzung auf Seite 2